

Kreistagsfraktion „Freie Wähler Ostalbkreis/Bürgerliste Schwäbisch Gmünd“
Rede zum Haushaltsplanentwurf 2026
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

dass Politik und Vernunft sich gegenseitig ausschließen, weiß man, wenn man sich mit beidem schon mal beschäftigt hat. Nehmen Sie beispielsweise ein großes Passagierschiff, das auf einen Eisberg zufährt. Ein guter Kapitän würde das Ruder herumreißen und einen Untergang seines Schiffes vermeiden – das ist Vernunft. Ein schlechter Kapitän dagegen nimmt nochmal einen kräftigen Schluck aus der Pulle, gibt ordentlich Gas und lässt es so richtig krachen – das ist Politik.

• **Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland ...**

Dieser bildhafte Vergleich beschreibt ziemlich exakt die derzeitige Situation in unserem Land, in dem sich die Probleme mittlerweile zu einem Berg auftürmen:

- eine überbordende Bürokratie,
- ein über Jahrzehnte geplündertes, dringend reparaturbedürftiges Sozialversicherungssystem,
- eine wachsende Arbeitslosigkeit, die beinahe unbemerkt auf über 3 Millionen gestiegen ist und mittlerweile 6,4 Prozent beträgt,
- Kommunen, die über Jahrzehnte zur Finanzierung teurer Wahlversprechen von Bund und Ländern missbraucht wurden und sich deshalb mittlerweile in einer tiefen finanziellen Krise befinden,
- eine kriselnde Wirtschaft, die nicht nur von den USA und China in die Zange genommen wird, sondern vor allem durch eine schlechte Wirtschaftspolitik quasi selbstverschuldet in die Krise getrieben wurde,
- eine marode Infrastruktur und
- ausufernde Soziallasten, die unter dem Deckmantel der „sozialen Gerechtigkeit“ immer weiter nach oben getrieben werden.

Willkommen also auf der Titanic, bei der die Bundesregierung auf der Brücke steht, man aber noch nicht erkennen kann, ob das nun der Kapitän oder bloß die Stimmungskapelle ist. Aus meiner Sicht ist sie momentan vor allem letzteres, denn anstatt unser Land aus der Krise zu führen, die Probleme zu lösen und das Ruder herumzureißen, deckt sie alles zunächst mit zusätzlichen Schulden – Entschuldigung: „Sondervermögen“ – zu und hofft, dass der Eisberg bis zum Aufprall abgeschmolzen sein wird. So wird die „SPD-geführte“ Bundesregierung unter Merz und Klingbeil die Schulden des Bundes bis 2029 auf 2,5 Billionen Euro erhöhen, und die jährliche Zinslast wird von 30 auf 67 Milliarden Euro steigen – mehr als das Doppelte! Und trotz der beträchtlichen Ausweitung der Schuldenlast klafft in dieser Planung bis 2029 noch immer eine atemberaubende Finanzierungslücke von 172 Milliarden Euro, die durch die Entscheidung des Haushaltsausschusses vor wenigen Tagen, noch mehr Schulden aufzunehmen, weiter anwachsen wird! Das wird nicht nur künftige Handlungsspielräume dramatisch einengen, sondern vor allem künftige Generationen belasten und möglicherweise überlasten.

- **... und ihre Auswirkungen auf die Kommunen**

Das sind die Rahmenbedingungen, mit denen wir planen und arbeiten müssen. Insbesondere die aktuelle Wirtschaftskrise macht sich auch im Ostalbkreis bemerkbar, dessen Stärke bisher im produzierenden Gewerbe lag. Gerade dieser Sektor ist aber besonders krisenanfällig. Natürlich leiden die exportorientierten Unternehmen in Deutschland unter den Folgen des Ukrainekriegs, des US-amerikanischen Protektionismus oder der staatlich gelenkten Außenwirtschaftspolitik Chinas. Das tun aber andere Volkswirtschaften in Europa auch, und trotzdem ist Deutschland das einzige Land in Europa, das sich in einer Rezession befindet. Das deutet auf hausgemachte Ursachen hin, angefangen von einer maßlosen Überregulierung über zu hohe Standort- und Energiekosten bis hin zu einer dirigistischen, über Jahre ideologisch getriebenen Wirtschaftspolitik. Und wenn selbst hartgesottene, bis zum Umfallen standorttreue Familienunternehmer im Ostalbkreis erklären, dass Erweiterungen am hiesigen Standort unter den aktuellen Rahmenbedingungen unternehmerisch nicht mehr vertretbar seien und sich nicht mehr lohnten, dann bedarf es keines weiteren Beweises mehr für meine Kritik.

Das alles bleibt nicht ohne Folgen: Betriebsschließungen, Betriebsverlagerungen, Stellenabbau – allmählich spüren wir auch bei uns die Dramatik der Situation. Das zeigen beispielsweise auch die aktuellen Arbeitslosenzahlen für den Ostalbkreis. So ist die Arbeitslosenquote im Oktober auf 4 Prozent gestiegen, während gleichzeitig die Zahl der gemeldeten Stellen um 800 auf 1956 gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken ist.

Neben den Unternehmen sind vor allem die Kommunen die Leidtragenden der Politik der vergangenen Jahre in Bund und Land. Sie leiden nicht nur unter der ungebremsst zunehmenden Bürokratie, sondern vor allem daran, dass ihnen in den zurückliegenden Jahren ihre Finanzmittel, ihre Finanzkraft und ihre Handlungsspielräume immer mehr entzogen wurden. Die Bertelsmann Stiftung spricht in ihrem Finanzreport 2025 von einem Flächenbrand, von dem vor allem die Kommunen in Baden-Württemberg betroffen sind. Die meisten sind nicht einmal mehr in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und den laufenden Betrieb ihrer Einrichtungen zu bezahlen. Für Investitionen bleibt dabei überhaupt kein Spielraum mehr! Das ist insoweit von Bedeutung, als die Städte und Gemeinden bisher über 50 Prozent aller Gesamtinvestitionen in unserem Land getragen haben. Wenn sie ausfielen, hätte dies gravierende Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft!

Umso wichtiger ist es, angesichts dieser Situation nicht zu resignieren, sondern eigene Impulse zu setzen. Der Ostalbkreis, die Städte und Gemeinden dürfen nicht nur den Mangel verwalten, sondern müssen eine Perspektive aufzeigen, die den Menschen deutlich macht, dass Politik auch etwas Konstruktives, Positives leisten kann. Das tun die Städte und Gemeinden tagtäglich, und auch der Ostalbkreis setzt wichtige Impulse, die Sie, Herr Landrat, in ihrer Haushaltsrede beschrieben haben.

Wir haben beste Voraussetzungen, wie uns der Prognos-Zukunftsatlas bescheinigt hat. Der Ostalbkreis ist ein Landkreis mit Zukunftsperspektive und hoher Innovationskraft. Unsere Fraktion unterstützt Sie deshalb dabei, Herr Landrat, die von Ihnen beschriebenen Technologie- und Innovationsprofile des Ostalbkreises weiterzuentwickeln und sie noch mehr zu wirtschaftlichen Ökosystemen auszubauen. Dazu gehören vor allem Forschung und Entwicklung, also unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Ostalbkreis, wie z.B. das FEM in Schwäbisch Gmünd, aber auch unsere beruflichen Schulen, die das Rückgrat unserer heimischen Unternehmen bei Ausbildung und Lehre bilden.

Unsere Bemühungen im Bereich der Wirtschaftsförderung haben mittlerweile zu einem breiten Netzwerk und Geflecht an Projekten, Initiativen und Kooperationen zwischen Unternehmen und öffentlicher Hand geführt. Dies alles gilt es zu bewahren, gerade trotz einer angespannten Haushaltslage. Ich glaube, gerade dies ist eine unserer großen Stärken des Ostalbkreises. Wir dürfen nicht darauf warten, bis andere Impulse setzen und Dinge anpacken, denn wir können nicht warten, bis die Zukunft an uns vorbeifährt. Wir müssen Dinge selbst in die Hand nehmen, anpacken und mit einer guten Politik gestalten – so wie bisher.

- **Kliniken und Medizinkonzept 2035**

Das haben wir beispielsweise bei den Kliniken getan, und der Kreistag hat im Jahr 2024 mit dem Medizinkonzept 2035 eine zukunftsweisende und mutige Entscheidung getroffen. Und ich möchte dabei auch nochmals die Rolle unseres Landrats hervorheben, der eben nicht resigniert und versucht hat, alle Probleme mit immer mehr Geld zuzudecken, sondern Mut bewiesen und die Probleme an der Wurzel angepackt hat.

Nichtsdestotrotz ist es ein langer, steiniger Weg, bis unser neuer Regionalversorger in Essingen stehen und das Medizinkonzept an den bisherigen Klinikstandorten verwirklicht sein wird. Ein derartiger Umbau unseres stationären medizinischen Angebots wird auch nicht ohne schmerzliche Eingriffe und Veränderungen ablaufen. Meine Fraktion und ich sind aber der festen Überzeugung, dass wir in Zukunft ein besseres medizinisches Angebot haben werden, und vor allem die Menschen im Ostalbkreis werden davon profitieren. Deshalb unterstützen wir sie, Herr Landrat und Herr Rieß, auch weiterhin bei der Umsetzung des Medizinkonzepts 2035.

Zugleich sollten wir uns aber schon jetzt konkrete Gedanken darüber machen, welche medizinischen Angebote am künftigen Regionalversorger vorgehalten werden sollen. Das entscheidet nicht nur darüber, welche Kosten damit verbunden sein werden, sondern auch, wie groß und umfangreich er gebaut werden soll. Bevor wir also mit Planungen für den Bau starten, sollten wir das Pferd richtig herum aufzäumen und zuerst das medizinische Angebot definieren. Vor allem aber brauchen wir eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, denn es ist nicht davon auszugehen, dass ein Zentralklinikum ausschließlich schwarze Zahlen produziert. Natürlich werden wir uns bestimmte medizinische Angebote leisten wollen, die Geld kosten werden. Und damit wir die künftigen Belastungen für den Ostalbkreis wenigstens abschätzen können, bitten wir die Verwaltung, uns zum frühestmöglichen Zeitpunkt belastbare Zahlen vorzulegen.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Gesprächen mit SRH Kliniken über die Sankt-Anna-Virngrund-Klinik sagen. Laut Medienberichten möchte SRH Kliniken die Sankt-Anna-Virngrund-Klinik in Ellwangen übernehmen oder fordert eine Beteiligung von mindestens 51 Prozent. In seinem Konzept für Ellwangen setzt das Unternehmen auf eine Grund- und Regelversorgung mit Notaufnahme, neurologische Rehabilitation, Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie ambulantes und hybrides Operieren. Dies ist insoweit interessant, als die meisten dieser medizinischen Angebote dem Ostalbkreis bisher hohe Verluste beschert haben.

Hinzu kommt, dass eine vollständige oder teilweise Übernahme der Sankt-Anna-Virngrund-Klinik durch SRH Kliniken de facto eine Privatisierung darstellen würde. Das kann man machen, aber bisher war eine Privatisierung der Ostalbkliniken sakrosankt, denn alle Fraktionen hier im Kreistag haben den Grundsatzbeschluss, wonach die Ostalbkliniken in kommunaler Trägerschaft bleiben sollen, mehrfach und ausdrücklich bekräftigt.

Meine Fraktion und ich stehen Gesprächen mit SRH Kliniken grundsätzlich offen gegenüber. Sollten sich Möglichkeiten der Zusammenarbeit ergeben, müssen diese unbedingt geprüft und ggf. umgesetzt werden. Wir dürfen aber keine Einzel- oder Insellösungen produzieren, sondern müssen die stationäre medizinische Versorgung des gesamten Ostalbkreises im Blick haben. Deshalb dürfen wir auch unser Medizinkonzept 2035 nicht insgesamt infrage stellen.

- **Die finanziellen Rahmenbedingungen des Ostalbkreis**

Ich sage das bewusst vor dem Hintergrund der finanziellen Situation des Ostalbkreises, der sich, wie die Städte und Gemeinden, in einer schwierigen Lage befindet. Zwar sind die Steuerkraftsumme sowie in der Folge auch die Kreisumlage erneut kräftig gestiegen und haben sich übrigens seit 2015 annähernd verdoppelt, aber trotzdem reichen selbst diese guten Einnahmen nicht aus, um die in vielen Bereichen nahezu explodierenden Kosten zu kompensieren.

Zwar wird das vom Bund aufgelegte Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro, das zu einem Teil an die Kommunen weitergereicht werden soll, eine gewisse Hilfe darstellen. Auch das Land Baden-Württemberg wird den Kommunen in den nächsten Jahren mit über einer halben Milliarde Euro unter die Arme greifen. Doch selbst diese riesigen Beträge werden nicht ausreichen, um unsere Finanzsituation grundlegend zu ändern, denn zum einen lösen sie die bestehenden Probleme nicht, und zum anderen ändern sie nichts an den Kostenexplosionen z.B. im Sozialbereich, weil sie im Wesentlichen Investitionshilfen darstellen und sich nicht auf die laufenden Kosten auswirken.

Konnten wir uns also in diesem Jahr noch damit retten, dass wir mit einem „Loch“ im Ergebnishaushalt in Höhe von 12 Millionen Euro gestartet sind und einen Teil der Defizite der Kliniken in Höhe von 30 Millionen Euro außerhalb des Kernhaushalts bei den Kliniken selbst „geparkt“ haben, wird das so nicht noch einmal möglich sein. Deshalb müssen im nächsten Jahr 58,5 Millionen Euro für die Verlustabdeckung der Kliniken veranschlagt werden.

Damit ist jedoch insoweit ein gewisser Unsicherheitsfaktor verbunden, als dies mit der weiteren Umsetzung des Medizinkonzepts 2035 sowie mit der Ankündigung des Bundes verbunden ist, die Klinikfinanzierung um 1,8 Milliarden Euro kürzen zu wollen. Das würde auch unsere Ostalbkliniken empfindlich treffen.

Vor allem der Sozialgesetzgebung des Bundes haben wir es zu verdanken, dass der Zuschussbedarf der Sozial- und Jugendhilfeleistungen im Ostalbkreis um weitere rund 10 Millionen Euro von 156,8 Millionen Euro im Jahr 2025 auf 166,2 Millionen Euro im Jahr 2026 steigen wird. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 betrug er noch 102,6 Millionen Euro. Allein der Zuschussbedarf für die Eingliederungshilfe wird auf über 100 Millionen Euro steigen! Im Jahr 2020 betrug er noch 61,3 Millionen Euro. Dies zeigt die ungeheure Ausgabendynamik allein in diesem Bereich!

Zum zweiten Mal nach 2025 werden die Einnahmen des Ostalbkreises nicht mal ausreichen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Das negative Ergebnis im Ergebnishaushalt beträgt Minus 16,3 Millionen Euro. Dies bedeutet, dass alle Investitionen über Kredite finanziert werden müssen.

Was meiner Fraktion und mir aber besondere Sorgen bereitet, ist die beinahe rasant anwachsende Verschuldung. Sie wird 2026 auf rund 114,9 Millionen Euro ansteigen und sich damit gegenüber 2023 fast verfünffachen! Dabei dürfen wir die bereits erwähnten „zwischengeparkten“ Schulden der Kliniken in Höhe von 30 Millionen Euro nicht vergessen!

Die Verschuldung des Ostalbkreises übersteigt damit das Schuldenniveau vor dem Verkauf der EVS-Aktien im Jahr 2000 deutlich! Die Erlöse daraus sind somit einfach „verpufft“. Gleichzeitig steigen unsere Aufwendungen für Kreditzinsen auf rund 7 Millionen Euro! Allein für Zinszahlungen wenden wir in Zukunft also umgerechnet rund 1 Punkt an Kreisumlage auf! Damit engen wir unseren Handlungsspielraum weiter ein. Bei allem Verständnis für die schwierige Situation, in der wir uns befinden, müssen wir daher immer ein Auge auf der weiteren Verschuldung haben, denn wir sollten sie nicht ausufern lassen, wie das aktuell beim Bund der Fall ist.

Vor allem aber sollten wir in unseren Bemühungen, Kosten zu vermeiden oder einzusparen, nicht nachlassen. Ohne Ausgabendisziplin werden wir die nächsten Jahre, die ja nicht einfacher werden, nicht meistern! Umso befremdlicher ist es dann, wenn einzelne Fraktionen vorsorglich schon mal vorauseilend rote Linien ziehen und vor allem sagen, was nicht geht und was man nicht tun darf. Was alles nicht geht, hören und sehen die Menschen aber bereits zur Genüge, und es wäre daher mal erfrischend anders, wenn Politik positiv formulieren würde, was möglich ist – auch und gerade beim Sparen und Konsolidieren, denn das erwarten die Bürgerinnen und Bürger angesichts der Situation, in der wir uns befinden.

- **Kreisumlage**

Kommen wir zum Schluss zur Gretchenfrage – der Kreisumlage. Der Kreiskämmerer hat in seiner Haushaltsrede dargestellt, dass er den Hebesatz eigentlich auf 40 Punkte erhöhen müsste. Angesichts der beschriebenen Situation ist es daher umso bemerkenswerter, dass der Hebesatz um 1 Punkt auf 36,9 Punkte gesenkt werden soll.

Natürlich verstehen meine Fraktion und ich die angespannte Haushaltslage in einzelnen Städten und Gemeinden, und wir können den Wunsch nach einer weiteren Senkung zumindest nachvollziehen. Wir sitzen aber im Kreistag nicht nur in unserer Funktion als Oberbürgermeister und Bürgermeister (m/w/d), sondern in erster Linie als Kreisrätin und Kreisrat und haben als solche die Interessen des Ostalbkreises zu vertreten. Und wir haben dafür Sorge zu tragen, dass der Ostalbkreis seine Aufgaben, die er auch von uns gestellt bekommt, erfüllen kann. Wir dürfen daher den Karren nicht an die Wand fahren, wie wir es schon einmal bei den Kliniken getan haben, sondern müssen danach schauen, dass die Räder trotz aller Schwierigkeiten am Laufen gehalten werden. Der Ostalbkreis ist im Übrigen kein Ersatzfinanzierungsinstrument, um eigene Haushaltsprobleme zu lösen. Deshalb wird meine Fraktion der vorgeschlagenen Senkung des Kreisumlagehebesatzes um 1 Punkt ebenso zustimmen wie dem Haushaltsplan.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Eine der Herausforderungen wird dabei sein, den Ostalbkreis in den nächsten Jahren durch die Krise zu bringen und ihn handlungsfähig zu erhalten, trotz der schwieriger werdenden Rahmenbedingungen. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf zeigt uns einen gangbaren Weg. Das ist beinahe schon die höhere Kunst der Haushaltsführung. Deshalb danken wir abschließend Ihnen, Herr Landrat und Herr Kurz, für Ihre ausgezeichnete Arbeit und Ihren unermüdlichen Einsatz. Unser Dank gilt ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Einrichtungen des Ostalbkreises. Danke auch an alle Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, vor allem für Ihre Toleranz und Bereitschaft, auch die Meinung Andersdenkender gelten zu lassen.

Zum Schluss noch ein Hinweis in eigener Sache: Wie Sie vielleicht bemerkt haben, habe ich nicht nur die vereinbarte Redezeit unserer Fraktion einigermaßen eingehalten, sondern meine Fraktion hat auch ausdrücklich auf personal-, zeit- und kostenintensive Anträge verzichtet. Das ist unser Beitrag zur Sitzungseffizienz und Haushaltskonsolidierung. Möge dieser Geist die übrigen Stellungnahmen durchdringen und die anstehenden Beratungen prägen.

Peter Traub

Vorsitzender der Kreistagsfraktion „Freie Wähler Ostalbkreis/Bürgerliste Schwäbisch Gmünd“